

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Christian Grascha, Jan-Christoph Oetjen und Jörg Bode (FDP)

Antwort des Niedersächsischen Finanzministeriums namens der Landesregierung

**Welche Auswirkungen hat eine gegebenenfalls im kommenden Jahr vom BVerfG festzustellende verfassungswidrige Beamtenbesoldung in Niedersachsen?**

Anfrage der Abgeordneten Christian Grascha, Jan-Christoph Oetjen und Jörg Bode (FDP), eingegangen am 02.11.2018 - Drs. 18/2013  
an die Staatskanzlei übersandt am 07.11.2018

Antwort des Niedersächsischen Finanzministeriums namens der Landesregierung vom 21.11.2018

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

In der Entscheidung vom 30. Oktober 2018 äußert das Bundesverwaltungsgericht Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der niedersächsischen Besoldung. Für die Zeiträume 2005 bis 2012 und 2014 bis 2016 wird unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsprechung für die Beamten im aktiven Dienst eine verfassungswidrige Unteralimentation angenommen (vgl. BVerwG 2 C 32.17 - Beschluss vom 30. Oktober 2018). Dies betrifft sowohl die Anwendung der vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen relativen Vergleichsmethode zur Bestimmung des Besoldungsniveaus als auch die absolute Untergrenze einer verfassungsgemäßen Alimentation. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts muss die Besoldung der Beamten der untersten Besoldungsgruppe jedenfalls 15 % höher sein als das Niveau der sozialrechtlichen Grundsicherung.

**Vorbemerkung der Landesregierung**

Der vom Bundesverwaltungsgericht am 30. Oktober 2018 getroffene Beschluss liegt erst als Pressemitteilung vor. Die schriftliche Ausfertigung und Begründung dieses Beschlusses bleibt zunächst abzuwarten. Erst dann können eine sorgfältige Prüfung und vorläufige Bewertung vorgenommen werden, auch weil die Einschätzung des Bundesverwaltungsgerichts einer verfassungswidrigen Unteralimentation in mehreren Punkten von den bisher aufgestellten Prüfkriterien des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2015 abweicht.

**1. Wie viele Widerspruchsverfahren sind in Bezug auf besoldungs- und versorgungsrechtliche Leistungen sind in Niedersachsen derzeit anhängig (bitte nach den Jahren ab 2005 und den Institutionen der Landesverwaltung - Polizei, Feuerwehr, Justiz, Ämter etc. - aufschlüsseln)?**

Bezüglich des Zuständigkeitsbereichs des Niedersächsischen Landesamts für Bezüge und Versorgung ergibt sich Folgendes:

Ab 2005 sind gegenwärtig 58 442 Widerspruchsverfahren von Bezüge- und Versorgungsempfängern anhängig. Sie zielen auf eine amtsangemessene Alimentation ab, insbesondere verknüpft mit der Forderung nach der Wiedereinführung der Sonderzahlung für alle Bezügeempfänger. Die Verfahren ruhen, soweit der Widerspruchsführer mit dem Ruhen einverstanden war oder dieses selbst beantragt hat. Bei den Widerspruchsführern handelt es sich um 34 192 Aktive und 24 250 Versorgungsempfänger. Eine Aufstellung, wann die Widersprüche im Einzelnen erhoben worden sind,

kann nicht durch eine maschinelle Filterung erstellt werden. Nach in der Vergangenheit erfolgten punktuellen Auswertungen lagen zu folgenden Zeitpunkten insgesamt die folgenden Widerspruchszahlen vor:

11/2005: 13 700,  
09/2006: 31 000,  
03/2011: 55 600,  
01/2016: 57 100.

Alle Bezüge der Versorgungsempfänger werden aus Kapitel 13 50 gezahlt. Ein Rückschluss, in welchem Teil der Landesverwaltung der Widerspruchsführer aktiv war, lässt sich maschinell nicht ermitteln.

Bei den heute noch Aktiven ergibt sich eine Aufteilung auf die Teile der Landesverwaltung bzw. „Institutionen“ nach der beigefügten Aufstellung (siehe **Anlage**). Hier sind das Kapitelbezeichnung des Haushaltsplans und die Anzahl der Widerspruchsführer aufgelistet.

**2. Wie viele Klagen sind in Bezug auf Besoldungsfragen und besoldungs- und versorgungsrechtliche Leistungen anhängig (bitte nach den Jahren ab 2005 und den Institutionen der Landesverwaltung - Polizei, Feuerwehr, Justiz, Ämter etc. - aufschlüsseln)?**

Bezüglich des Zuständigkeitsbereichs des Niedersächsischen Landesamts für Bezüge und Versorgung ergibt sich Folgendes:

Es sind Gerichtsverfahren von neun Bezügeempfängerinnen und -empfängern anhängig. In sieben Fällen werden Ansprüche seit 2005 geltend gemacht, in einem Fall seit 2008 und in einem Fall seit 2009. Drei Kläger stammen aus der Steuerverwaltung, drei Klägerinnen bzw. Kläger stammen aus dem Richterdienst und je einer stammt aus der Vermessungsverwaltung, von der Polizei und vom Landesrechnungshof.

**3. Mit welchen Auswirkungen auf den Landeshaushalt rechnet die Landesregierung für den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts bestätigt, wenn alle Beamten (Aktive und Pensionäre) des Landes Niedersachsen berücksichtigt werden?**

Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Oktober 2018 weicht in wesentlichen Punkten von den bisherigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ab. Erst nach Beseitigung der bisher noch bestehenden Unklarheiten - insbesondere bei der Bemessung des Mindestabstands zum sozialhilferechtlichen Existenzminimum - ließen sich gegebenenfalls finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt prognostizieren.

**4. Mit welchen Auswirkungen auf den Landeshaushalt rechnet die Landesregierung für den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts bestätigt, wenn nur die Anspruchsteller berücksichtigt werden, die Widerspruch eingelegt und Klage erhoben haben?**

Siehe Antwort zu Frage 3.

(Verteilt am 29.11.2018)

Kapitel	Bezeichnung Kapitel	Anzahl WS		
0101	Landtag	14	Summe Epl. 01	14
0201	Staatskanzlei	27		
0206	Landesarchiv - budgetiert -	5	Summe Epl. 02	32
0301	Ministerium für Inneres und Sport	130		
0303	Zentrale Aufgaben	3		
0307	Brandschutz	16		
0308	Brand- und Katastrophenschutz in den PD	8		
0309	Landesamt für Statistik Niedersachsen - budgetiert	8		
0311	Kampfmittelbeseitigung	1		
0314	SIN - budgetiert	1		
0318	LGLN - Vermessungs- und Katasterwaltung - budgetiert -	230		
0320	Landespolizei - budgetiert	9.050		
0328	LAB NI - budgetiert	16		
0390	Verfassungsschutz	85		
0391	Fachaufgaben der Ämter für regionale Landesentwicklung	5	Summe Epl. 03	9.553
0401	Finanzministerium	129		
0404	Steuerakademie Niedersachsen	38		
0406	Steuerverwaltung	5.182		
0410	Staatliches Baumanagement Niedersachsen - budgetiert -	85		
0420	Bezüge und Versorgung - budgetiert -	208		
0440	Landesliegenschaftsfonds Niedersachsen - Fondsverwaltung -	23	Summe Epl. 04	5.665
0501	Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung	55		
0512	Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung	4		
0520	Landessozialamt	106		
0522	Landesbildungszentren für Hörgeschädigte	41		
0523	Landesbildungszentrum für Blinde	7		
0542	Landesgesundheitsamt	2	Summe Epl. 05	215
0601	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	31		
0645	Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Niedersächsische Landesbibliothek Hannover - budgetiert -	1		
0663	Nds. Landesmuseen Braunschweig - budgetiert -	1		
0664	Nds. Landesmuseen Oldenburg - budgetiert -	2		
0676	Denkmalpflege	3		
0678	Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz	5	Summe Epl. 06	43
0701	Kultusministerium	73		
0703	Nds. Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung	23		
0705	Landeschulbehörde	167		
0708	Beratungs- und Unterstützungssystem für Schulen	41		
0710	Grundschulen	2.678		
0711	Förderschulen	1.124		
0712	Hauptschulen	292		
0713	Realschulen	361		
0714	Gymnasien, Internatsgymnasien und Kollegs	3.266		
0717	Oberschulen	1.145		
0718	Gesamtschulen	873		
0720	Berufsbildende Schulen	3.089		
0745	Vorbereitungsdienst für die Lehrämter	31	Summe Epl. 07	13.163
0801	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	80		
0818	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie	24		
0820	Straßenbauverwaltung	162		
0891	Fachaufgaben der Ämter für Regionale Landesentwicklung	2	Summe Epl. 08	268
0901	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	47		
0906	Raumordnung, Landesplanung, reg. Landesentwicklung	4		
0908	Servicezentrum Landentwicklung und Agrarförderung	4		
0910	ÄrL - Landentwicklung -budgetiert-	112		
0930	ÄrL - Domänenverwaltung	6		
0941	Nds. Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) - budgetiert -	32		
0950	Gestütverwaltung	1		
0961	Fischereiverwaltung	1	Summe Epl. 09	207
1101	Justizministerium	50		
1103	Zentrale IT-Verwaltung - Justiz - budgetiert -	36		
1105	Justizvollzugseinrichtungen - budgetiert -	1.384		
1108	Finanzgericht - budgetiert -	34		
1109	Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte - budgetiert	37		
1110	Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte - budgetiert -	178		
1113	Sozialgerichte- budgetiert -	104		
1116	Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig - budgetiert -	444		
1117	Oberlandesgerichtsbezirk Celle - budgetiert -	944		
1118	Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg - budgetiert -	484		
1119	Generalstaatsanwaltschaften Braunschweig - budgetiert -	123		
1120	Generalstaatsanwaltschaften Celle - budgetiert -	280		
1121	Generalstaatsanwaltschaften Oldenburg - budgetiert -	96		
1122	Norddeutsche Hochschule für Rechtspflege - budgetiert -	3	Summe Epl. 11	4.197
1401	Landesrechnungshof	78	Summe Epl. 14	78
1501	Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz	81		
1506	Gewerbeaufsichtsverwaltung	152		
1524	Nationalpark Harz	8		

Kapitel	Bezeichnung Kapitel	Anzahl WS		
1525	Nationalpark Wattenmeer	2		
1526	Biosphärenreservat Elbtalaue	2	Summe Epl. 15	245
1601	Min. f. Europa	2		
1691	ÄRL f. Europa	12	Summe Epl. 16	14
1701	Landesbeauftragter für den Datenschutz - budgetiert	13	Summe Epl. 17	13
	kaufmännisch	485	Summe kaufm.	485
		34.192		34.192